

Ärger über Maskenpflicht Minister korrigiert Verordnung

BARBARA HAIMERL

SALZBURG. Nach heftigen Protesten von Eltern und Elementarpädagoginnen in Krabbelgruppen stellt das Sozialministerium für Donnerstag eine Korrektur der am 25. Jänner in Kraft getretenen Covid-19-Notmaßnahmenverordnung in Aussicht. Für Empörung sorgt, dass das pädagogische Personal zusätzlich zur wöchentlichen Testung auf das Coronavirus während der Betreuung der Kinder durchgehend einen Mund-Nasen-Schutz tragen muss. Das gilt auch dann, wenn das Testergebnis negativ ist. Außerhalb der Gruppe herrscht FFP2-Masken-Pflicht.

Das durchgehende Tragen einer Maske im täglichen Umgang mit Kleinkindern sei aus pädagogischer Sicht untragbar, sagt Cornelia Ernst von der Plattform IG Kinderbetreuung in Salzburg. Sei das Gesicht der Pädagoginnen ständig hinter einer Maske versteckt, werde die nonverbale Kommunikation verhindert. Bleibe es Kleinkindern verwehrt, Emotionen aus dem Gesicht ihres Gegenübers zu lesen und zu interpretieren, seien sie in ihrer psychosozialen Entwicklung massiv beeinträchtigt.



Die Maskenpflicht erschwert die Kommunikation mit Kleinkindern: Nora mit Pädagogin Andjela Zuparic in der Krabbelgruppe Gemeinsam Wachsen in Elisabethen. BILD: SN/ERNST

Viele Träger privater Krabbelgruppen haben den Eltern empfohlen, ihre Kinder zu Hause betreuen zu lassen, weil deren Wohl unter diesen Voraussetzungen nicht gewährleistet sei. Berufstätige Eltern stelle das vor enorme Herausforderungen, sagt Ernst, die mit dem Verein Gemeinsam Wachsen mehrere Einrichtungen in Stadt und Land führt. „Bei uns waren zuletzt alle Kinder in Betreuung.“

Sie verstehe die Empörung,

sagt Landesrätin Andrea Klambauer (Neos). Sie stehe längst mit dem Ministerium in Kontakt, damit der Fehler behoben werde und Elementarpädagoginnen nach erfolgter Testung keinen Mund-Nasen-Schutz tragen müssten. Die Änderung sei für Donnerstag angekündigt. „Wieder einmal ist eine Verordnung fehlerhaft.“ Ausbaden müssten ihn die ohnehin schon extrem belasteten Pädagoginnen.

Kommt Impfvorrang für Sonderpädagogen?

Gutschi stellte sich Hearing, am Mittwoch wird sie zur Landesrätin gewählt.

SALZBURG. Eine Vorreihung von Pädagogen im Impfplan kann sich die designierte Bildungslandesrätin Daniela Gutschi (ÖVP) für den Bereich der Sonderpädagogen vorstellen. Dort könnten Abstände zwischen Lehrkräften und Schülern nicht immer eingehalten werden, nicht alle Schüler könnten Maske tragen, erklärte Gutschi am Montag auf Nachfrage von SPÖ-Klubobmann Michael Wanner bei ihrem Hearing im Landtag. Den Bereich der Schulsozialarbeit will sie in den kommenden Jahren weiter ausbauen. Damit Schüler die Chance bekä-



Die designierte Bildungslandesrätin Daniela Gutschi. BILD: SN/RATZER

men, Versäumtes nachzuholen, stünden 13 Millionen Euro des Bundes für Lernangebote in den Semester- und Osterferien zur Verfügung. Auch die Sommerschule werde es wieder geben.

Im Bereich des Naturschutzes erklärte die bisherige ÖVP-Klubobfrau, die Biotopkartierung, bei

der Salzburg leider hinterherhinke, wieder vorantreiben zu wollen. Zudem müsse Salzburg auch für breit angelegte Artenschutzmaßnahmen Geld in die Hand nehmen. Da passiere noch zu wenig, sagte Gutschi. Auf die Frage von FPÖ-Klubobfrau Marlene Svazek, wie sie die Balance zwischen Naturschutzinteressen und wirtschaftlichen Interessen halten wolle, meinte Gutschi: Gerade wenn es um so sensible Themen gehe, versuche sie, alle an einen Tisch zu bringen. **sts**



WOHNBAU
in Salzburg

Junge Liebe...
WWW.SN.AT/WIZANY

Erstmals ist sich Schwarz-Grün einig

Die ÖVP bekommt beim Wohnbauprojekt in Gneis ihren Preisdeckel, die Bürgerliste ihre Wohngruppe. Eine Allianz, die vor allem eine aufregt: Die SPÖ.

HEIDI HUBER

SALZBURG-STADT. In Gneis an der Berchtesgadener Straße (Dossenweg) entstehen ab Herbst rund 240 Wohnungen. Was wurde in der Stadtpolitik in den vergangenen eineinhalb Jahren nicht über dieses Großprojekt debattiert und gestritten – über den Aufteilungsschlüssel zwischen Miete und Eigentum, das Streichen der Mietkaufwohnungen, die Wohngruppen. Die ÖVP wollte erstmals die Preise für Eigentumswohnungen vorschreiben, die Bürgerliste hielt das für Unfug, zumal nicht geklärt sei, wie man zu einer gerechten Vergabe kommen könne. Kurzum: Die gesamte Wohnbaupolitik entzündete sich an diesem einen Großprojekt.

Seit Montag ist alles anders, eine schwarz-grüne Allianz erstmals vorhanden. ÖVP und Bürgerliste überraschten am Nachmittag die Klubchefs der anderen Parteien mit der Ankündigung, im Gemeinderat am Mittwoch einen gemeinsamen Dringlichkeitsantrag einbringen zu wollen. Sowohl die Verkaufsrichtlinien als auch die Wohngruppe sind darin enthalten.

Von den 236 Wohnungen entstehen nach derzeitigem Stand rund 121 Mietwohnungen, 47 Eigentumswohnungen mit einem Kaufpreisdeckel von 4600 Euro je Quadratmeter und 68 Eigentumswohnungen mit einem Preis von 3800 Euro je Quadratmeter – hier kommt aber ein monatlicher Baurechtszins von 1,60 Euro je m² Grundstücksfläche dazu.

Aber wer darf die vergleichsweise günstigen Eigentumswohnungen kaufen? Nur jene, die den Kriterien der Wohnbauförderung des Landes und den Wohnungsvergaberichtlinien der Stadt entsprechen. Bewerben können sich Interessenten für zwei Wohnungen. Zum Schluss kommt ein EDV-System samt einem Zufalls-

generator zum Einsatz, der die Reihung vornimmt.

ÖVP-Vizebürgermeisterin Barbara Unterkofler sagt: „Wir versuchen, neue Wege in der Wohnpolitik zu gehen. Die Nachfrage nach Eigentum ist groß. Es nützt nichts, wenn hier ideologisch vorgegangen wird.“ Erstmals habe man hier ein Grundstück in „förderbaren Wohnbau“ umgewidmet. Der Kaufpreis für die



„Wohnungen um die Hälfte dessen, was sonst verlangt wird.“
Barbara Unterkofler, Vizebgm.

Barbara Unterkofler, Vizebgm.

Wohnungen sei die Hälfte dessen, was in dieser Gegend üblicherweise verlangt werde, sagt Unterkofler. Die Verkaufskriterien seien höchst objektiv, transparent und nachvollziehbar.

Was die Bürgerliste zum Umdenken bewegt hat? „Auch wenn wir den Aufteilungsschlüssel nicht für richtig erachtet haben, können wir dieses Vorzeige-Bauprojekt nicht zur Gänze ableh-

nen. Wir haben einen konstruktiven Kompromiss gemacht“, sagt Klubchefin Inge Haller. Es sei wichtig gewesen, das Modell der Baugruppe politisch einmal zu ermöglichen. „Sonst dauert es wieder Jahre, bis wir so etwas umsetzen können.“ In der Sache habe man nicht auf Totalopposition schalten wollen, schließlich habe Johann Padutsch einst das Bauvorhaben noch auf den Weg gebracht. Bei den Verkaufsrichtlinien habe man Verbesserungen erreicht. „Aber es wird trotzdem spannend, ob es funktioniert.“ Beiden Seiten hätten sich konstruktiv bewegt, wird betont.

Schwarz-Grün als künftige Allianz im Wohnbau? Das scheint eher fraglich. Unterkofler meint dazu: „Wir brauchen einen sachlichen Weg. Ich hoffe, dass wir noch andere davon überzeugen können.“ Und Haller: „Ob es eine Zusammenarbeit auf Dauer wird, wird man sehen. Der Bürgerliste geht es um die Sache, wir wollen was weiterbringen. Und auf sachlicher Ebene schließen wir eine Zusammenarbeit weder mit ÖVP noch mit SPÖ aus.“ Mietkaufmodelle halte sie noch immer für

eine wichtige Option, daran werde die Bürgerliste auch festhalten. Nachsatz: „Und wenn sich die ÖVP künftig auch in Sachen Klimaschutz und Umweltpolitik der Bürgerliste annähern würde, dann könnte man auch dem Budget wieder zustimmen“, meint Haller.

Die FPÖ wird dem schwarz-grünen Vorhaben am Mittwoch zustimmen. „Wir müssen neue Wege gehen. Überall wird das schon praktiziert, nur bei uns nicht“, argumentiert Gemeinderätin Renate Pleininger. SPÖ-Vizebgm. Bernhard Auinger klang hingegen verärgert. „Das ist eine nette Allianz. Die Grünen gegen den geförderten Mietwohnbau im Süden der Stadt. Das ist ein aufgelegter Elfmeter für uns.“ Denn die Wohngruppe gehe zu Lasten der geförderten Mietwohnungen, wo die Stadt das Einweisungsrecht habe. Und da bleibe jetzt nicht mehr viel übrig, weil bei diesem Projekt ohnehin nur rund 50 Prozent auf Mietwohnungen entfielen. „Jetzt sind die Grünen zwei Mal umgefallen. Wir werden da sicherlich nicht mitstimmen“, betont Auinger.